

Jetzt übernimmt der Oberst

Die schwer gezeichneten Pferde vom Hof des Thurgauer Tierquälers werden nun im bernischen Schönbühl von der Armee aufgepäpelt. Das braucht viel Einfühlungsvermögen.

Andres Marti
Schönbühl

Für die misshandelten Tiere aus dem Thurgau hat in der Gemeinde Schönbühl, zwischen Schiessplatz und Autobahn, gerade ein neues Leben begonnen. In den blank geputzten Stallungen des Kompetenzzentrums Veterinärmedizin und Armeetiere zeigt Oberst Jürg Liechti die derzeit meistbeachteten Pferde der Schweiz. Manche sehen nur ein bisschen ungepflegt aus, haben eine verstrubbelte Mähne und sind dreckig. Andere jedoch sehen aus, als ob sie kurz vor dem Hungertod stünden. Ecken und Kanten statt Rundungen, Knochen statt Muskeln - kein schöner Anblick.

Am Montag hatte die Kantonspolizei Thurgau den bereits wegen Tierquälerei verurteilten Landwirt Ulrich K. auf seinem Hof in Hefenhofen festgenommen. Bereits am Dienstag wurden 93 Pferde in einer dreistündigen Fahrt von der Ostschweiz in den Kanton Bern transportiert. Er wolle sich nicht selber loben, sagt Oberst Liechti. Aber in der Schweiz sei wohl kein anderer Ort in der Lage, innert eines Tages so viele Tiere aufzunehmen.

Das Schiessen muss warten

Besonders «tragisch» sei die Vernachlässigung der Stuten und ihrer Fohlen, sagt Liechti. Das «schmerzt mich am meisten». Denn gerade sie brauchten besonders viel Aufmerksamkeit. Nun werden sie in Schönbühl in gesonderten Boxen von Soldaten umsorgt. Das brauche viel Zeit und Personal, sagt Liechti.

Letzteres hat es genug: 47 Train-, 20 Veterinärmedizin- und vier Hufschmiedrekruten absolvieren hier derzeit die RS. Sie lernen hauptsächlich den Umgang mit den Säumen mit den rund 50 Armeepferden. Im Ernstfall sollen diese den Materialtransport für die Armee in den Alpen sicherstellen.

Bekommen die Armeepferde jetzt weniger Aufmerksamkeit? «Auf keinen Fall», sagt Liechti. Für den studierten Tierarzt sind die Prioritäten klar: Zurückstecken müsse jetzt das «Soldatenhandwerk» - Schiessübungen und Drill. Liechti und seine Rekruten scheint dies nicht allzu sehr zu stören.

Vor einem der vier Ställe sind Rekruten gerade dabei, die Tiere zu bürsten. Einer abgemagerten und verdreckten Stute gefällt das gar nicht, sie ist angespannt und unruhig. Niemand wisse, wann dieses Pferd zum letzten Mal eine Bürste gesehen habe, sagt Liechti. Es brauche seine Zeit, bis sich die Pferde ans Bürsten gewöhnt haben. Man müsse Geduld haben, sonst werde es auch für die Rekruten gefährlich. Bis diese Pferde wieder wie normale Pferde aussehen, könne es Jahre dauern. Besonders schlimm sei es für diejenigen Tiere, welche sich noch im Wachstum befänden.

Neues Zuhause gesucht

Viel Einfühlungsvermögen brauchen auch die Hufschmiedrekruten. Die Hufe der Pferde aus dem Thurgau sehen teilweise grässlich aus. Als die 93 Tiere in den Armeestallungen eintrafen, trug kein einziges Hufeisen. Nun werden sie von den Schmieden beschlagen.

Nicht nur der Lärm der Autobahn ist auf dem Armeegelände zu hören, sondern auch immer wieder das Knallen von Sturmgewehren. Ist das für die Pferde kein Problem? Nein, sagt Liechti. Die Pferde erschrecken jeweils nur ganz kurz. Viele der Neankömmlinge hätten sich bereits daran gewöhnt.

Liechti wird derzeit mit Medienanfragen überhäuft. Das grosse Interesse der Öffentlichkeit am Tierquälerei-Fall von Hefenhofen findet der Oberst nicht übertrieben. Im Gegenteil, er sei froh darum. Im Übrigen gebe es in der Schweiz jeden Tag Fälle wie im Thurgau, einfach nicht in diesem krassen Ausmass. Meistens würden die Misshandlungen erst bemerkt, wenn es viel zu spät sei.

Nun gehe es darum, für die Pferde ein neues Zuhause zu finden. Bis diese «Feinverteilung» abgeschlossen sei, werde es wohl einige Wochen dauern.

Bilder Wo die Pferde aus dem Thurgau nun untergebracht sind

www.pferde.derbund.ch



Gut zureden hilft: Die Rekruten kümmern sich um die Hufe eines Pferdes. Fotos: Adrian Moser



Jedem Ross seine Box: In Schönbühl hat es genug Raum und Personal für die Pflege der 93 Pferde.

Thurgau

Die Behörden geraten nun unter Druck

Der Fall Hefenhofen hat parlamentarische Vorstösse, eine Volksinitiative und eine Strafanzeige zur Folge.

Michael Soukup und Christoph Lenz

Anfang Woche ist es nach grossem öffentlichem Druck zum Knall gekommen: Der Thurgauer Landwirt Ulrich K. wurde in Gewahrsam genommen, seine Tiere weggebracht und gegen ihn ein superprovisorisches Tierhalteverbot eröffnet.

Inzwischen geraten aber auch die Thurgauer Behörden zunehmend unter Beschuss. Kantonsräte von SVP, SP und GLP forderten eine parlamentarische Aufarbeitung und kündigten einen entsprechenden Vorstoss an. Die Kantonsregierung habe sich «mutlos und verwaltungsmässig träge» verhalten, kritisierte die GLP in der «Thurgauer Zeitung». Und die SVP erklärte, dass man beim Kanton jahrelang weggeschaut habe.

Druck kommt auch von den Tierrechtsschützern. Der Vorstand des Thurgauischen Tierschutzverbands hat eine

Volksinitiative beschlossen. Ziel ist es, das kantonale Veterinäramt gesetzlich stärker zu kontrollieren. Währenddessen reichte der Verein gegen Tierfabriken (VgT) gegen den Kantonstierarzt eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs ein. In der Begründung, die dem «Bund» vorliegt, macht VgT-Präsident Erwin Kessler den Arzt persönlich für die Missstände auf dem Hof von Ulrich K. verantwortlich: «Hätte der Kanton Thurgau funktionierende und moderne Behörden statt Schönschläfer und Schönredner, wäre dieser offensichtlich unfähige Kantonstierarzt schon lange ersetzt worden.» Der zuständige Regierungsrat Walter Schönholzer (FDP) wies die Vorwürfe gegen das Veterinäramt zurück.

Kanton hält Zahlungen geheim

Recherchen des «Bund» haben am Dienstag ergeben, dass der wegen Tierquälerei verurteilte Landwirt bis zuletzt vom Bund Direktzahlungen erhalten hatte. Schönholzers Departement begründete dies mit einem Bundesgerichtsurteil von 2011, wonach nur Beiträge gekürzt oder gestrichen werden, die eine korrekte Tierhaltung vorausset-

zen, nicht aber die Öko- und Flächenbewirtschaftungsbeiträge. Laut dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) können aber seit 2014 die Kantone die Gewährung sämtlicher Beiträge «während höchstens fünf Jahren verweigern», wenn die Widerhandlungen «vorsätzlich oder wiederholt» erfolgen. Ueli Bleiker, Chef des kantonalen Landwirtschaftsamts, sagte dem «Bund» nun gestern, dass «das bis anhin bekannte Ausmass der Mängel keine totale Kürzung der Direktzahlungen» gerechtfertigt habe.

Allerdings wollen Thurgauer Behörden die Höhe der Agrarsubventionen geheimhalten. Begründung: Der Datenschutz verbiete es, die Summe der Direktzahlungen bekannt zu geben. Mit dieser Beurteilung steht der Kanton allerdings ziemlich allein da. Das Bundesamt für Landwirtschaft drängt dem Vernehmen nach auf eine Offenlegung der Direktzahlungen an K. Gestützt wird das Bundesamt durch eine Einschätzung des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten. Er kam 2015 zum Schluss, dass das öffentliche Interesse an der Summe von Direktzahlungen grundsätzlich den Datenschutz überwiegt.